

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr.

Werbungspreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im zeitlichen Falle 100 Goldpfennig. Nachverlangungsgeld 20 Goldpfennig. Vorkauf und Vorauszahlung sind erforderlich. Anzeigen für die Reichweite der Zeitung oder Richtigstellung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostock

Nr. 281. 83. Jahrgang. Telegr.-Nr. „Anteblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, 2. Dezember 1924

## Schädlinge der Nation.

„Ich, nein, ich wähle grundsätzlich überhaupt nicht.“ Man sieht ihn vor sich, wie er voll Hochachtung vor sich selbst den Bart streicht — nur Männer haben derartige „Grundsätze“ —, man hört seine Stimme, wie er durch diesen Satz die tiefe Verachtung mit allen jenen zum Ausdruck bringt, die so „dumm“ sind zu wählen, sich zu einer Partei bekennen, während er, der Nichtwähler, hocherboren über allen Parteien steht. Er ist förmlich geschwollen von Hochachtung vor sich selbst, schaut mit einem Lächeln, in das er vergeblich „eigigen Hohn“ hineinzulegen versucht, auf alle jene, die ihr oberstes Recht und ihre oberste Pflicht als Staatsbürger ausüben.

Im alten Athen gab es eine Bestimmung, daß bei Auseinandersetzungen zwischen den Bürgern ein jeder Partei ergreifen mußte, wollte er nicht durch ein „Scherbengericht“ des Landes verwiesen, ins Elend der Verbannung gestochen werden. Es war sozusagen eine Wahlpflicht eingeführt.

Und wenn der Nichtwähler voller Senugnung über sich selbst am Wahlsonntag zum gewohnten Frühstücksschreiben, dann nach dem Mittagessen sich zum Nachmittagsessen hinlegt und hernach beim Kaffee befriedigt feststellt, daß nun endlich „Gott sei Dank der ganze Rummel wieder einmal vorbei ist“, sich dann beim Dämmerschoppen gar noch damit brüsst, daß er „natürlich“ nicht gewählt hat, weil ja die Parteien alle miteinander nichts taugen“, dann merkt er freilich noch nicht, was er begangen hat.

Aber ihr sollt ihn erst einmal hinterher schimpfen hören, wenn ihn nun das Parlament an dessen Zusammenfassung er doch gänzlich unschuldig ist, am Geldbeutel zwacht oder ihm sonstige Verpflichtungen aufpackt! Da kann er schimpfen und fluchend die Faust auf den Stammtisch niederschlagen lassen, daß die Biergläser hüpfen. Da jetzt er, schreit Mord und Brand über Reichstag und Regierung — bloß, da nußt es ihm nichts mehr. Er hat dann vielmehr überhaupt nicht mitzureden.

Denn man hat als Staatsbürger in einer Demokratie nicht bloß das Wahlrecht, sondern auch die Wahlpflicht. Trostlos war wieder vielfach die Beteiligung an den Wahlen der letzten Monate. Das sagte schon bei den Nachwahlen für Oberschlesien ein, wo nur 65 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Die Partei der Nichtwähler war immer schon recht groß; es ist gar nichts ausgeschlossen, daß sie am 7. Dezember die größte wird. Obwohl es um aller Deutschen Geschicke geht.

Es ist fast wie bei jener biblischen Erzählung von dem König, der ein Wahl rüstete und seine Boten aus sandte, um einzuladen. Ich will das nicht weiter ausführen; aber wortwörtlich trifft das, was man dem Boten erwiderte, auch jetzt bei den Wahlen zu. Bei den meisten ist es ja Faulheit. Und das ist für den Staatsbürger, also den Träger der Souveränität seines Volkes, das Unverantwortliche. Dann ist er eben nicht reif dazu, sich selbst zu regieren, auch wenn es in den Einleitungsworten zur Verfassung des Deutschen Reiches steht. Da lobe ich mir noch den oben flizierten „Grundsätzlichen“, der täuscht wenigstens ein allerdings falsches Denken vor.

Der Nichtwähler ist wie der Junge, der hinter die Schule geht; es schadet ihm daher gar nichts, wenn ihm hinterher das Schicksal als Lehrer sozusagen die Fäden stramm zieht. Aber häufig, meist sind es solche, die einen Entschluß überhaupt nicht fassen können. Es ist wie bei Bileams Esel, der zwischen zwei Heubündeln verhungerte, weil er sich für das eine oder das andere nicht entscheiden konnte. Auch er, der Nichtwähler, kann sich nicht entscheiden für eine Partei, — dabei geht es bei der Wahl gar nicht um das Wohl und Wehe einer Partei, sondern um das Wohl und Wehe des Vaterlandes. Wenn das auch bei jeder Wahl bis zum Überdruß gepredigt wird, so ist es trotzdem wahr.

„Ach Gott, es wird ja doch nicht anders“ — damit versucht sich der Nichtwähler für sein Fernbleiben zu „entschuldigen“. Ganz bestimmt nicht, wenn Millionen ihre Wahlpflicht nicht erfüllen, hinterher dann aber alles besser wissen und machen wollen, wenn es zu spät ist. Die Nichtwähler aus eigener Schuld sind wie Parasiten am Körper des Volkes, sind staatsbürgerliche Überflüssigkeiten, sie sind Schädlinge der Nation.

„Ich wähle grundsätzlich nicht“ — das ist ebenso dumm wie „ich beschäftige mich grundsätzlich nicht mit Politik“ oder „ich lese grundsätzlich keine Zeitung“. Für den, der solches Geschwätz vollführt, ist es das Beste, er packt sich in einen Sarg, da steht und hört er auch nichts mehr.

R. G.

## Das angebliche Memorandum Herriots.

Berlin, 30. November.

Ein angebliches Memorandum Herriots über die deutschen Wahlen und die deutsche Reichswehr wurde in einer hiesigen Zeitung veröffentlicht. Dazu wird halbamtlich bemerkt: „Verschiedene süddeutsche Blätter wie auch die Berliner Börsenzeitung haben Auszüge aus einem angeblich von der französischen Regierung am 8. d. M. an die interalliierten Mächte gerichteten Memorandum gebracht, in dem die Abfindung einer gemeinsamen Note an die deutsche Regierung mit der

## Regierungskrise in Frankreich. Herriots Stern sinkt.

### Herriot in zwei Versammlungen ausgepiffen und beschimpft.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 30. November. Herriot hat sich heute früh nach Epinal begeben, obwohl ihm seine Freunde davon abrieten. Wie vorausgesehen war, ist es dabei zu Zwischenfällen gekommen. Sowohl in Saint Die, wo Herriot das Wort zu einer Ansprache ergreift, wie auch in Epinal spielten sich bei seiner Ankunft erregte Szenen ab. Die katholischen Verbände und die Action Francaise hatten alle verfügbaren Mitglieder zu einer Kundgebung gegen Herriot ausgerufen. In Saint Die war der Bahnhof von einer dichten Menschenmenge umlagert. Die Stadt war weder gesäubert noch geschmückt, wie es sonst üblich ist. Als Herriot erschien, fielen Rufe: „Es lebe Frankreich! Nieder mit Herriot, nieder mit dem Scherbebezieher! Die Anhänger des Ministerpräsidenten demonstrieren dagegen und so kam es zu lebhaften Zusammenstößen. Die Polizei mußte eingreifen und verschiedene Verhaftungen vornehmen. Diese Szenen wiederholten sich in Epinal in stärkerem Maße. In seiner ersten Ansprache jagte Herriot, es sei eine Verleumdung, wenn man behauptet, daß wir die Rechte Frankreichs preisgeben oder uns dieser Rechte weniger annehmen als unsere politischen Gegner. Frankreich kann nicht abrüsten, solange es seine Sicherheit nicht durchgesetzt hat. In Genz habe ich den Standpunkt zur Geltung gebracht, daß es außerhalb der Sicherheit keinen Frieden gebe. Innerer Friede und äußerer Friede ist das schönste Programm, das es geben kann. Es ist ein moralisches Programm, weil die Politik meiner Ansicht nach nichts weiter ist als die Anwendung der Moral auf das Staatswesen. In seiner zweiten Ansprache, die Herriot in Epinal hielt, betonte er seine politische Gesinnung und spielte dann auf die Zwischenfälle an, die sich bei seiner Ankunft ereigneten. Er sagte: Ich habe die Freilassung der Festgenommenen veranlaßt.

### Vor der Unterzeichnung des englisch-deutschen Handelsabkommens.

Paris, 1. Dezember. Zu den englisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen erzählt der „Matin“ aus London, daß der einzige strittige Punkt augenblicklich nur noch die 20prozentige Ausfuhrabgabe bildet. Zurzeit wird an der Abfassung einer Kompromißformel gearbeitet. Man hofft, daß das Abkommen am Dienstag unterzeichnet werden kann.

### Das englisch-deutsche Kompromiß.

London, 1. Dezember. Man erwartet, daß die deutsche Regierung ihre Vertretung bei den Handelsvertragsverhandlungen ermächtigt wird, dem Kompromiß zuzustimmen, daß die 20%ige Abgabe von Deutschland periodisch in Pauschalsummen bezahlt werde. Die Bezahlung habe in Hund, nicht wie Deutschland es vorziehen würde, in Mark zu erfolgen.

### Schlachtfeldräuber.

Paris, 1. Dezember. Die Polizei hat in Chalons sur Marne Personen verhaftet, die auf den Schlachtfeldern sehr große Mengen Metall stahlen. Nach dem „Petit Journal“ soll auf den Schlachtfeldern bei Reims ebenfalls viel Metall entwendet worden sein.

### Der Erzkaiser von China noch unter japanischem Schutz.

Paris, 1. Dezember. Nach einer Meldung aus Peking hält sich der Erzkaiser noch immer in der japanischen Botschaft auf. Die Eingänge des Botschaftsgebäudes werden von chinesischer Polizei bewacht. Der neue Ministerpräsident ersuchte den Erzkaiser, in den kaiserlichen Palast zurückzukehren.

Forderung der Auflösung der beiden Gruppenkommandos und die Umwandlung der Dienststelle des „Chefs der Heeresleitung“ in eine Militärverwaltung beim Reichswehrminister“ verlangt wird. An amtlicher Stelle ist von einer solchen Note der interalliierten Mächte nichts bekannt, vielmehr wurde auf das französische amtliche Dementi der Sabas-Agentur vom 22. d. M. hingewiesen, demzufolge bereits die französische Regierung eine solche Maßnahme ihrerseits in Abrede gestellt hat.

## Widersprechende Angaben über Rathusius

Berlin, 29. November.

Ein hiesiges rechtsstehendes Blatt teilt mit, General von Rathusius sei in Nachwirkung seiner auf nervöser Grundlage beruhenden Unterernährung während seiner Gefangenschaft an einem schweren Nervenleiden erkrankt und bettlägerig; er könne deshalb seine Absicht, in einer deutschnationalen Wählerversammlung zu sprechen, nicht ausführen.

Dagegen veröffentlicht das sozialdemokratische Casseler Volksblatt eine Zuschrift des Herrn von Rathusius, in welcher der General seinen Dank dafür ausdrückt, daß die gesamte Casseler Presse in so warmer Weise für ihn eingetreten sei, ebenso wie alle Kreise der Bevölkerung. Gleichzeitig teilte nach der Angabe des Casseler Blattes der General diesem mit, er werde in der deutschnationalen Wahlversammlung nicht sprechen. Er hätte bloß die Absicht gehabt, einige Worte des Dankes zu sagen, da er aufgefordert worden sei. Da er aber gesehen habe, daß sein Auftreten in dieser Versammlung zu Mißverständnissen führen könnte, habe er es abgelehnt, in der Wahlversammlung zu sprechen.

Aber sein Revisionsgesuch erklärte der General noch, daß an ihn keinerlei Forderungen dahingehend gestellt seien, daß er das Revisionsgesuch zurückziehen solle. Er habe dieses Revisionsgesuch auch bis zum heutigen Tage nicht zurückgezogen und auch seinen Anwalt nicht dazu bevollmächtigt. Die Revision müßte daher noch laufen und Rebe in keinem Zusammenhang mit seiner Freilassung.

## Gilberts Erklärungen.

Der Reparationskommissar über Deutschland.

In Paris trat die Reparationskommission zusammen, um einen Vortrag des von Berlin nach Paris gereisten Reparationskommissars Gilbert entgegenzunehmen. Gilbert führte aus, daß Deutschland bei der Zahlung keine Schwierigkeiten mache, sondern sich pünktlich seiner Verpflichtungen entledige. Aber er könne die eingegangene Summe auf die einzelnen Alliierten noch nicht verteilen, da die Finanzministerkonferenz erst den Prozentfuß, der jedem alliierten Lande zukommen solle, festsetzen müsse. Die augenblicklich in Paris tagende Konferenz der alliierten Finanzsachverständigen beschäftigt sich bereits eingehend

mit dieser Frage. Bis her wurden die eingegangenen Summen zur Bezahlung der Sachlieferungen verwendet, besonders für Kohle und chemische Produkte. Es wurde auch der Abschluß eines Vertrages über die Lieferung von 2500 Tonnen Stickstoff und 500 Tonnen Schwefelammonium an Frankreich genehmigt. Parter Gilbert ist wieder nach Berlin abgereist.

## Die Wirren in Ägypten.

Telegraphenverbindungen unterbrochen.

Einige unbestimmte, drabhtlos in London eingetroffene Nachrichten deuten an, daß der Kampf mit den Neuterern in Aharum noch andauert. Die Telegraphenlinien zwischen Kairo und Aharum sind an einer noch nicht festgestellten Stelle durchschnitten, und der Eisenbahnverkehr nach dem Sudan ist eingestellt. Die sog. Neuterer sollen aus Sudanese und Arabern bestehen. Sie wurden mit Maschinengewehrfeuer bekämpft. Die Engländer hatten Verluste, unter den Toten befinden sich mehrere Ärzte. Man befürchtet im Regierungskreis, daß es sich um einen offenen Angriff der Sudanregierung handelt, die sich gegen das britische Regime auflehnt, da die britischen Offiziere bereits nach Ägypten abgehoben worden sind. Die Nachrichten von der Neutererei haben in England große Verstärkung herbeigerufen. In Kairo und Umgegend ließ England weitere Verhaftungen vornehmen.

### Persische Vertretung für Ägypten.

Dem Botschaftssekretariat lag bis zum Wochenende noch keine offizielle Bestätigung der mit Bestimmtheit ausstretenden Nachricht vor, daß die persische Regierung beabsichtigt, den englisch-ägyptischen Konflikt vor den Völkern zu bringen. Bei der ständigen persischen Botschaftsdelegation in Genf sind in den letzten Tagen von ägyptischer Seite dringende Schritte unternommen worden, daß sie als einzige Vertretung der Muselmanen beim Völkerverband sich der ägyptischen Angelegenheit annähmen müße.

### Frankreich und der englisch-ägyptische Konflikt.

London, 30. November. Wie aus Paris gemeldet wird, hat die französische Regierung der englischen Regierung die formelle Versicherung gegeben, daß in den englisch-ägyptischen Streitfall nicht einzumischen.

### Der Aufstand im Sudan niedergeschlagen.

London, 30. November. Der militärische Aufstand in Aharum ist niedergeschlagen. Die Aufständischen, die sich des ägyptischen Militärarsenals bemächtigt hatten, wurden dort durch Artillerie zusammengebrochen, worauf sich die Kämpfe ergaben. Die Verluste der englischen Truppen betragen zwei Offiziere und acht Leute.